

Wie bereits zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt nutzt **DER PARITÄTISCHE** die Zeit des Wahlkampfes, um soziale Themen ins öffentliche Bewusstsein zu tragen und mit den Kandidatinnen und Kandidaten in einen direkten Diskurs zu sozialpolitischen Herausforderungen zu treten.



Jan Korte (DIE LINKE)

Mitglied des Deutschen Bundestages

- 1. In den vergangenen Jahren haben Träger der Freien Wohlfahrtspflege verstärkt die Abkehr vom Prinzip der Subsidiarität durch die öffentliche Hand beobachtet, z.B. die Rücknahme von übertragenen Aufgaben (bspw. die Kindertagesbetreuung durch Kommunen). Wie wird Ihre Partei das Prinzip der Subsidiarität in der Zukunft wahren und konsequent umsetzen?**

In der Daseinsvorsorge geht es der LINKEN vor allem darum Privatisierung und profitorientierte Bestrebungen zu verhindern. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass vieles jahrzehntelang kaputtgespart wurde, was nun dringen gebraucht wird. Stattdessen benötigen wir eine gut ausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge und eine finanzielle Stärkung der Kommunen. Davon profitiert auch die Freie Wohlfahrtspflege. Bei der konkreten Ausgestaltung wollen wir die regionale und kommunale Autonomie achten und so viel Selbstbestimmung wie möglich erreichen. Dabei sind die strukturellen Rahmenbedingungen immer mitzudenken.

- 2. Frische Luft und frische Eier - warum soll es sich lohnen, auf dem Land zu leben, ohne nennenswerte Infrastruktur? Kein Bäcker, keine Kita, kein Arzt... „Der Bus fährt immer, außer heute!“ Woran machen Sie Lebensqualität - insbesondere in ländlichen Regionen - fest?**

Lebensqualität hängt von den verschiedensten Faktoren ab und jeder Mensch setzt seine ganz persönlichen Schwerpunkte dabei. Ganz grundlegend will DIE LINKE eine Gesellschaft des guten Lebens für alle. Wir wollen Arbeit für alle, die gut entlohnt, tariflich abgesichert und gerecht verteilt ist. Wir wollen einen starken demokratischen und zukunftsfesten Sozialstaat, der gerecht finanziert ist und alle schützt. Wir wollen eine neue Daseinsvorsorge für alle, die Gesundheit, Pflege, Bildung, Erziehung, Wohnen, Nahverkehr und Energieversorgung öffentlich organisiert, damit sie dem Gemeinwohl dienen und alle die Chance bekommen, das Leben zu leben, das sie sich wünschen.

Damit all das auch im ländlichen Raum funktioniert, ist eine gut ausgebaute Infrastruktur in allen Bereichen natürlich entscheidend. Daher wollen wir insbesondere eine Mobilitätsgarantie auf dem Land einführen: Anbindung der Gemeinden untereinander und zum nächsten städtischen Zentrum mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis sowie moderne Flächenrufbusssysteme und auch Taxen einbezogen werden oder die Grundversorgung ergänzen.

Zusätzlich sollten Mobilitätsstationen mit einer Auswahl von geteilten Verkehrsmitteln aufgebaut werden. Wir wollen mit einem Reaktivierungsprogramm zahlreiche in den letzten Jahrzehnten stillgelegte Bahnstrecken wieder aufbauen und so ganze Regionen wieder ans Gleisnetz anschließen. Mobilität mit der Bahn muss auch im ländlichen Raum möglich sein.

Zudem sind schnelles Internet und Hardware für digitale Teilhabe eine Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben insbesondere im Alter und sollen öffentlich gefördert und altersgerecht ausgebaut werden. DIE LINKE tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung in der Stadt und auf dem Land ein. Kriterien für eine gute gesundheitliche Versorgung müssen sein: Wohnortnähe und Erreichbarkeit mit ÖPNV, kurze Wartezeiten auf einen Termin und eine gute Notfallversorgung, Barrierefreiheit und Altersgerechtigkeit. Mit all diesen Maßnahmen schaffen wir die bestmöglichen Bedingungen für eine hohe Lebenszufriedenheit, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

3. Teilhabemöglichkeiten zu organisieren und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken ist einer der wesentlichen Schwerpunkte in unserer Arbeit. Wie stellen Sie sich eine inklusive Gesellschaft vor und was wird Ihre Partei konkret in diesen Prozess einbringen?

Daher setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass ab sofort keine neuen Barrieren errichtet werden dürfen. Bestehende Barrieren jeglicher Art in allen Lebensbereichen, auch in der Privatwirtschaft, sind abzubauen. Es bedarf einer menschenrechtskonformen Ausgestaltung des Bundesteilhabegesetzes. Das beinhaltet vor allem bedarfsdeckende, einkommens- und vermögensunabhängige Teilhabeleistungen wie persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und -phase. Zudem setzen wir uns dafür ein, eine flächendeckende, sozial und inklusiv ausgestaltete Infrastruktur zu errichten.

Magdeburg, 2021